



Maecenata Institut (Hrsg.)

**Bürgerengagement und Stadtentwicklung.
Strukturen und Bedarfe**

Protokoll des Workshops vom 13.-14. Mai 2008

Zielsetzung des Projekts

Zur Vorbereitung und als Grundlage eines Forschungsprojektes trafen sich am 13./14. Mai 2008 Vertreter aus Wissenschaft und Praxis der Stadtentwicklung, Stadtplanung sowie des bürgerschaftlichen Engagements.

Auf Grundlage der dabei gewonnenen Erkenntnisse wird ein Forschungsdesign entwickelt, welches im Ergebnis die Rolle stadtentwicklungsrelevanter Fragestellungen und Probleme bei der Projektauswahl zivilgesellschaftlicher Institutionen in den Städten Augsburg, Herten und Jena herausarbeiten soll. Im Wesentlichen geht es um eine Gegenüberstellung dessen, was zivilgesellschaftliche Einrichtungen womöglich bereits leisten sowie warum sie dies tun einerseits, und dem, was als defizitäre Situation wahrgenommen wird, ohne, dass sich hier eine zivilgesellschaftliche Antwort entwickelt andererseits.

Gegenstand des Vorhabens soll es weder sein, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen ihre Handlungsfelder vorzugeben, noch besteht der Anspruch, sämtliche Bedarfe in objektiver Form zu erfassen. Es geht vielmehr um die Prozesse und Verfahren, die derzeit in zivilgesellschaftlichen Strukturen gegeben sind, um Handlungs- bzw. Projektschwerpunkte zu definieren. Dem Projekt liegt die praxisrelevante Forschungsfrage zu Grunde, warum zivilgesellschaftliche Institutionen Projekte angehen, welcher Abwägungs- oder Problembewusstseinsprozess der Entscheidung zu Grunde liegt und ob sie damit zusätzlich zivilgesellschaftliches Engagement generieren können.

Bei dem vorliegenden Text, handelt es sich um das Protokoll des vorbereitenden Workshops.

Impressum

Herausgeber: MAECENATA Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Albrechtstraße 22, 10117 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,
E-Mail: mi@maecenata.eu,
Website: www.maecenata.eu

Reihe Opuscula ist frei erhältlich unter: www.opuscula.maecenata.eu

Redaktion Rupert Graf Strachwitz, Thomas Ebermann, Christian Schreier

ISSN (Web) 1868-1840 **URN:** urn:nbn:de:0243-122008op310

Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Gastbeiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Inhalt:

1. Sektion:

Bürgerengagement als Integrationsaufgabe

Impulsreferat: Rupert Graf Strachwitz; Maecenata Institut..... S.4

2. Sektion:

Ansätze zur Bedarfsermittlung, Erfahrungen aus der integrierten Stadtentwicklung

Impulsreferat: Elke Becker, TU Berlin..... S.13

3. Sektion:

Design des Forschungsprojekts

Impulsreferat: Sebastian Beck, vhw S.18

Teilnehmerliste S.23

1. Sektion: 13. Mai

Die Veranstaltung beginnt gegen 16.00 Uhr mit einem Grußwort von Rupert Graf Strachwitz. Er stellt in aller Kürze die Intention des Workshops vor – es geht darum, unter Mithilfe von Praktikern und Theoretikern, Grundlagen für ein Forschungsdesign zum Thema Stadtentwicklung, Quartiersmanagement und Bürgerengagement, zu erwerben – und regt die Anwesenden zu reger Teilnahme und gerne auch kontroversen Diskussionen an.

Anetta Kahane begrüßt als Gastgeberin und Leiterin der Amadeu-Antonio-Stiftung ebenfalls die Anwesenden und erläutert kurz die Anliegen und Tätigkeiten der Stiftung. In einer Vorstellungsrunde erhält daraufhin jeder Anwesende die Möglichkeit, seine Tätigkeit in Bezug auf den Workshop darzustellen.

Zunächst erläutert Graf Strachwitz die Gründe für die Auswahl der Städte Herten, Jena und Augsburg. Es ist das Resultat des Versuchs eine gewisse geografische Divergenz zu schaffen. Es liegt auf der Hand, mindestens eine ostdeutsche Stadt in die Untersuchung einzubeziehen. Neben einem Ost-West- gibt es aber auch ein Nord-Süd- Gefälle im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Darüber hinaus sollte es sich, aus Gründen der zunehmenden Komplexität, um nicht zu große Städte handeln. Außerdem gibt es mit dem Sozialreferenten der Stadt Augsburg, Herrn Hummel, einen bekanntermaßen engagierten Kooperationspartner. Auch über die Städte Herten und Jena sind bereits durch ihre Bürgerstiftungen Kenntnisse vorhanden, auf die aufgebaut werden kann.

Es geht im Kern darum, Integrationsprozesse zu fördern, indem man Zivilgesellschaft stärkt. Dazu sind Voraussetzungen zu schaffen und es ist notwendig, dass man sich mit Strukturen und Bedarfen auseinandersetzt und auch im Einzelnen diese Bedarfe prüft und analysiert. So ist die Idee entstanden, punktuell anhand von drei Beispielen zu untersuchen wie das in diesen Städten in die Tat umgesetzt wird.

Der Workshop soll dazu beitragen, ein praxisnahes Forschungs- und Methodendesign für die Studie zu erstellen. Die hierzu eingeladenen Personen, die in unterschiedlichen Disziplinen beheimatet sind und eine Mischung aus PraktikerInnen und TheoretikerInnen darstellen, sollen der Diskussion verschiedene perspektivische Zugänge bieten. Ziel der Veranstaltung ist es, eine Vorstellung davon zu bekommen, wie man erfolgversprechend bei dieser anstehenden Untersuchung vorgehen kann.

Zunächst soll, beginnend mit einem Impulsreferat, der Aspekt des Bürgerengagements behandelt werden, bevor am folgenden Tag die Stadtentwicklung in den Mittelpunkt rücken wird.

Impulsvortrag von Rupert Graf Strachwitz: „Bürgerengagement als Integrationsaufgabe“

Der Vortrag beginnt mit einem allgemeineren Teil über Bürgerengagement und Zivilgesellschaft. Anschließend sollen einige kleine Brücken zum Thema Stadtentwicklung gebaut und einige Lösungsansätze skizziert werden.

Zunächst behandelt Graf Strachwitz die Zivilgesellschaft und das Bürgerengagement allgemein. Der Begriff Zivilgesellschaft beschreibt demnach das dritte gesellschaftliche Aktionsfeld neben Markt und Staat und die Summe der darin aktiven, formellen und informellen Initiativen. Es handelt sich hierbei also um einen deskriptiven und nicht um einen normativ aufgeladenen Begriff. Frank Adloff stellt Zivilgesellschaft verkürzt als „Interaktion von Bürgern“ dar. Es gibt also eine Doppelwirkung; auf der einen Seite steht die Interaktion und auf der anderen geht es um den Bürger als *citoyen* in seiner ganz bewussten Bedeutung. Zivilgesellschaft ist ein unorganisierter und, wenn man so will, auch ein unorganisierbarer Prozess. Akteure der Zivilgesellschaft, z.B. Initiativen, entwickeln sich und lösen sich auch wieder auf.

Mit dem Begriff der Zivilgesellschaft kann man, angelehnt an das, was man früher den Dritten Sektor genannt hat, ganz bestimmte Attribute verbinden: Gemeinwohlorientierung, Mitwirkung von Freiwilligkeit, Autonomie (keine Fremdorganisiertheit), keine Gewinnausschüttung (Non-Profit-Constraint) sowie keine Ausübungskompetenzen hoheitlicher Gewalt.

Der unorganisierte Prozess zeigt sich durch die selbstorganisierte, selbstverwaltete und, am aller wichtigsten, durch die selbstermächtigte Arbeitsweise des Dritten Sektors. Am wichtigsten deshalb, weil man aus eigenem Antrieb heraus tätig wird und das eine besondere Bewandnis für das Thema des Workshops hat.

Der Zivilgesellschaft werden aber auch oftmals einige weniger schöne Attribute zugeschrieben: Sie gilt als chaotisch, selbstreferentiell, volatil und intransparent. Letzteres leider sehr zu recht. Es gibt kein Übereinkommen darüber, dass zivilgesellschaftliche Akteure etwas über ihre Mittel und deren Herkunft sowie über ihre Entscheidungsprozesse mitteilen müssen. Viele Organisationen tun das zwar, aber nach ganz unterschiedlichen Kriterien und viele tun es nach Kriterien, die sogar eher verschleiern wirken. Darüber hinaus besteht die Meinung, dass die Zivilgesellschaft stets partikularen Interessen verhaftet ist. Daher kommt auch der Vorwurf, dass diese Akteure unprofessionell sind, da sie sich mit Themen befassen, die sie nicht hinreichend verstehen und in die sie nicht hinreichend eingearbeitet sind. Dies alles sind Vorwürfe, die bestehen und daher, auch wenn Graf Strachwitz darauf hinweist, dass er nicht alle teilen würde, ernst genommen werden müssen.

Allerdings wird deutlich, um zum Positiven zurück zu kehren, dass Zivilgesellschaft der zentrale Ort von Bürgerengagement ist. 80% des Bürgerengagements spielt sich in der Zivilgesellschaft ab, 20% in den Sektoren Markt und Staat, z.B. Schöffen etc. Das heißt, wenn man sich mit Bürgerengagement beschäftigt, muss man sich auch mit dem Ort seines zentralen Auftretens beschäftigen. Das Bürgerengagement an sich ist stark

aufgestellt, etwa 23 Million BürgerInnen in Deutschland engagieren sich und die Tendenz ist steigend.

Es gibt vier Formen, in denen sich Bürgerengagement in der Zivilgesellschaft historisch dargestellt hat: 1. die Dienstleistungen, 2. die Selbsthilfe (wazu z.B. auch der Sport gezählt wird), 3. die Themenanwaltschaft (Wächterorganisationen, Verbraucherschutz-, Menschenrechts- oder Naturschutzorganisationen) und 4. die Intermediäre (Förderstiftungen, Dachverbände). Viele zivilgesellschaftliche Organisationen verorten sich auch in verschiedenen Bereichen, z.B. als Dienstleister und Themenanwälte. Diese Einteilung stammt von der Europäischen Kommission von 1994. Die traditionelle Meinung über die Zivilgesellschaft ist, dass sie zwar hilfreich und nett, allerdings nicht notwendig und wichtig sei. Dies, trotz des großen Paketes an gesellschaftlichen Leistungen und trotz der knapp 23 Million Engagierten.

In jüngster Zeit aber gibt es einen Paradigmenwechsel. Die Sichtweise ändert sich, weg von den reinen Leistungen, hin zu dem gesellschaftlichen Nutzen, den sie erbringt - vor allem in den Bereichen Integration, Partizipation, Identifikation oder als Schule der Demokratie. Die Zivilgesellschaft hat einen sehr großen Nutzen für den gesellschaftlichen Wandel und daher erlangt auch das bürgerschaftliche Engagement eine zentrale Bedeutung.

Die zentrale These des Referats ist, dass die Nutzbarmachung und Aktivierung von Bürgerengagement voraussetzt, dass eine spezifische Handlungslogik von Zivilgesellschaft unterstellt und auch akzeptiert wird. In Verbindung mit der Stadtentwicklung ergibt sich der Standardtopos „Stadt vom Bürger aus entwickeln“, der einen *Bottom-Up Approach* darstellt. Wird aber in der Wissenschaft oder der Politik von Bürgerbeteiligung gesprochen, so verfolgt man einen *Top-Down Approach*, der in der Praxis nicht funktionsfähig ist, denn der zivilgesellschaftliche Ansatz verläuft von unten nach oben. Akzeptiert man die spezifische Handlungslogik von Zivilgesellschaft, so muss man einen Bottom-Up Approach anwenden.

Aus diesem Ansatz heraus ergeben sich aber auch Konflikte zwischen den spezifischen Handlungslogiken; Selbstermächtigung und Planung, sowie organisierte und unorganisierte Prozesse stehen sich gegenüber. Darüber hinaus gibt es Konfliktpotentiale zwischen „Amateuren“ und „Profis“ sowie zwischen der Verfolgung von Allgemein- und Partikularinteressen. Prinzipiell sind diese Konflikte unaufhebbar, man kann sich lediglich bemühen, sie zu minimieren.

Die Herausforderungen, mit den konfliktiven Handlungslogiken im Blick, erkennt Graf Strachwitz in diesem Feld in der Ermöglichung von Integration und dem Verhindern von Desintegration, in der Förderung von Partizipation als auch im Bereich der Ermöglichung von Identifikation und dem Verhindern von Entfremdung.

Es gibt nun eine Reihe von Lösungsansätzen, die gerne Anwendung finden, die allerdings aber auch die genannten Konfliktbestände außer Acht lassen. Daher werden Versuche, das Bürgerengagement zu kanalisieren, zu marginalisieren, zu organisieren oder zu korrumpieren allesamt höchstens im Einzelfall erfolgreich sein.

Wahrscheinlicher ist eine dadurch sogar zunehmende Desintegration und innere Emigration oder sogar eine wie auch immer geartete Rebellion.

Andere Lösungsansätze, die Graf Strachwitz zufolge erfolgversprechender sind, basieren auf einer allgemeinen Grundhaltung der Ermöglichung und Ermächtigung. Ebenso sind das sogenannte Level-Playing-Field, also der Kontakt auf Augenhöhe, sowie eine „Optimierung“ des bürgerschaftlichen Engagements im Sinne einer Professionalisierung der Beteiligten mögliche Lösungsansätze. Unter Professionalisierung ist allerdings ausdrücklich nicht die Tätigkeit im Hauptamt gemeint, sondern eine Steigerung der jeweiligen Sachkenntnis bei den freiwillig Tätigen. Auch die Orientierung und stärkere Fokussierung auf die gesellschaftlichen Ziele Identifikation, Partizipation und Integration können zu einer Steigerung der Wirksamkeit des Bürgerengagements beitragen. Letztlich wird, als der wohl schwierigste, aber dennoch überaus wichtige Lösungsansatz, die Bedarfsorientierung genannt. Dabei darf man nicht fragen, wie man bürgerschaftliches Engagement bedarfsorientiert gestalten kann, denn das beinhaltet bereits wieder einen Top-Down Approach, vielmehr muss man sich fragen, wie man dafür sorgen kann, dass sich das Bürgerengagement bedarfsorientiert entwickelt. Dabei stellt sich auch die Frage, welche Mechanismen dabei helfen, dass Bürgerengagement bedarfsorientiert eingesetzt wird.

Die Zivilgesellschaft selbst muss, um die Funktionsfähigkeit des gesamten Prozesses zu ermöglichen, eine Reihe von Aufgaben erfüllen. Die Überwindung von Vorurteilen ist eine davon. Dem Vorurteil z.B., dass es sich um einen chaotischen und intransparenten Bereich handelt, muss durch eine gewisse Neuorganisation von Prozessen oder einer Neuaufstellung von Leitbildern sowie durch die Dokumentation von Tätigkeiten und eine bessere Außendarstellung entgegengewirkt werden. Eine weitere Aufgabe ist die des Agenda-Setting, d.h. dass man sich bemüht, als Zivilgesellschaft auch formbar zu sein, dass man einen Agenda-Mix entwickelt und damit sowohl seine Möglichkeiten als auch seine Begrenzungen aufzeigt. Auch die Ermittlung von und die Ausrichtung an Bedarfen stellt eine Aufgabe der Zivilgesellschaft dar. Weitere Aufgaben sind, das Bürgerengagement selbst zu leben, dabei Integrationsprozesse zu fördern und Desintegrationsprozesse zu verhindern, Partizipation zu ermöglichen und eine Schule der Demokratie zu sein. Die Erfolge, die erzielt werden, sollten wenn möglich gemessen werden und – was in Graf Strachwitz Augen die Achillesferse dieses Sektors darstellt – die Arbeitsweise muss transparent gestaltet werden.

Ein zentraler Punkt des Vortrags ist die Notwendigkeit, in der Stadtentwicklung die Zivilgesellschaft ausreichend zu berücksichtigen.

Damit endet der Impulsvortrag von Graf Strachwitz und Prof. Dr. Enrico Gualini übernimmt die Moderation der anschließenden Diskussion.

*

In dem Impulsreferat wurden schon wichtige Aspekte des Themas angesprochen. Als besonders interessant bezeichnet Gualini den Aspekt der Gegenüberstellung von

Planung und Zivilgesellschaft und das bürgerliche Engagement als dessen Ausdruck. Planung hat als aufgeklärte und progressive Methode früher den Anspruch gehabt, die Belange der Gesellschaft zu erfüllen. Von diesem Standpunkt hat sich die Planung aber schon vor einiger Zeit verabschiedet. Die Auffassung von Planung heute zeigt einen wesentlich schwächeren Anspruch, denn sie sieht sich eher als Mittel zur Selbstbefähigung der Bürger. Man geht davon aus, dass sich Bedarfe aus dem Bürgerengagement und der Zivilgesellschaft selbst generieren. Die ursprüngliche Dimension der Planung verlagert sich somit auf den Bereich von Selbstorganisation und Ermächtigung. Einerseits lässt sich sagen, dass das Bürgerengagement selbst Bedarfe kreiert, andererseits entspricht es auch dem Zweck einer schwachen Planung, dass sie diese Aufgabe aus der Hand gibt. Einigung herrscht darin, dass Bedarfe gesellschaftliche Konstrukte sind und nicht etwas, das eine Ubiquität als solche hat.

Zu Beginn der Diskussion sollen die Vertreter aus den Städten ihre Sicht der Dinge darstellen, unter den Leitfragen, wie man Bedarfe analysieren und erfassen kann und andererseits, inwieweit sich das bürgerschaftliche Engagement an bestehende Bedarfe anschließt und inwieweit es überhaupt die Fähigkeit dazu hat.

Frau Nölke-Schaufler beantwortet die Frage aus Sicht der Stadt Augsburg. In dieser Stadt hat die Kommune eine starke Position. Es herrscht eine Wechselwirkung zwischen Bedarfserkennung und Bedarfsaufgreifen. Im kommunalen Vollzug lassen sich immer wieder Fälle entdecken, in denen dann gezielt versucht wird, die Zivilgesellschaft zu aktivieren.

Herr Stromberg aus der Stadt Herten bemerkt, dass die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement oftmals auch Konflikte in der Verwaltung und der Politik hervorruft. Diese Hürden müssen passiert werden, wenn man einen Stadtteil durch bürgerschaftliches Engagement vitalisieren möchte, was Lernbereitschaft von allen Seiten erfordert. Da es sich oftmals um ein Vorhaben mit ungewissem Ausgang handelt, muss man auch damit zurecht kommen, dass sich die erreichten Ziele ggf. von den intendierten Zielen der Akteure unterscheiden. Er sieht für die öffentliche Hand auch eher die Rolle eines Moderatoren.

Herr Petry spricht die komplexen Probleme an, die besonders schwer zu bewältigen sind. Wenn Probleme mehrere Zuständigkeiten berühren und sich nicht ganz eindeutig einem Träger zuordnen lassen, entstehen diese komplexen Probleme. Als Beispiel nennt er das Übergangsmangement. Das bedeutet, dass Kinder und Jugendliche soweit über die verschiedenen Stationen ihres Lebens begleitet werden, dass sie irgendwann in der Lage sind, einen Beruf auszuüben. Die Aufgabe hierbei ist, die Förderung biografiebegleitend aufrecht zu erhalten. Damit sind viele Zuständigkeiten erfasst, was eine Vereinbarung schwer macht. Es reicht dabei nicht, kompensatorisch im System zu agieren, sondern am System selbst zu arbeiten, was im normalen Rahmen staatlichen Handelns nicht funktioniert. Alle Prozesse solcher Art erfordern eine horizontale Kommunikation, quer zu den Bereichen, was schwer durchzuführen ist. Die Kommunikation auf vertikaler Ebene – zu den Vorgesetzten – ist wesentlich leichter, als die horizontale, die zu Kollegen aus anderen Bereichen führt. Herr Petry fasst sein Anliegen zusammen, indem er für die Notwendigkeit plädiert, in

Verantwortung handeln und denken zu lernen, anstatt in Zuständigkeiten und Besitzständen. Um das umzusetzen braucht man die Partnerschaft und die katalysatorische Kraft des Dritten Sektors. Ein Aspekt, der hierbei eine große Rolle spielt, ist die Anerkennung und die Anerkennung der Tatsache, dass der Aktive gebraucht wird und ohne diesen das Problem nicht zu lösen ist. Es ist eine wichtige Strategie, diese Anerkennung herzustellen und über die Anerkennungspolitik auf der lokalen Ebene nachzudenken.

Frau Doris Voll aus der Bürgerstiftung Jena bestätigt Kommunikationsprobleme zwischen unterschiedlichen Akteuren und die Notwendigkeit, etwas „Neues“ zu schaffen. Doch unklar ist noch, was unter Bedarf eigentlich verstanden wird und wer Bedarfe letztlich definiert.

Frau Bahr, Stadträtin aus Augsburg, berichtet über die Entstehungsgeschichte des Bündnisses für Augsburg. Es gab vor einigen Jahren einen Anspruch, der mit dem Slogan „Eine Stadt für Alle“ treffend beschrieben wird. Damals wurden die verschiedensten Akteure, wie Verbände, Parteien und Organisationen, aufgefordert, sich zum Thema Integration zu äußern. Aus den Ergebnissen wurde zunächst ein relativ umfassendes „Grünbuch“ erstellt. Hieraus wurden wiederum 20 Thesen von Integration in einem sog. „Weißbuch“ veröffentlicht, das die drei Aspekte Migration, sich wandelnde Milieus und demografische Entwicklung zum Inhalt hat. Hieraus wurden verschiedene Projekte wie Bildungspatenschaften, Stadtteilmütter usw. gestaltet.

Zuerst ging es darum, einen Überblick der vorhandenen Ressourcen zu bekommen, welche Verbände und Organisationen es in welchem Stadtteil gibt. Mit diesem Wissen kann einerseits nach möglichen Synergieeffekten zwischen diesen Akteuren gesucht werden und andererseits kann man feststellen, wo noch Akteure fehlen.

Herr Grammann, Vorsitzender der Hertener Bürgerstiftung sagt, dass Bedarfe ganz einfach dort vorhanden sind, „wo es brennt“. Doch die Frage stellt sich, was bürgerschaftliches Engagement dort eigentlich leisten kann. An einem Beispiel beantwortet er die Frage selbst. In einem sehr schwierigen Stadtteil wurden in einem Quartiersbüro IntegrationshelferInnen ausgebildet, die mittlerweile eine sehr heilsame Rolle spielen. So wird gerade vor einer Moschee ein Haus von einer türkischen Gemeinde errichtet, in das später ein von der Caritas unterhaltenes Jugendzentrum einziehen soll. Herr Grammann spricht den zivilgesellschaftlichen Akteuren eine „Wasserpumpen-Funktion“ zu, indem sie an Stellen etwas in Gang setzen können, zu denen öffentliche Akteure keinen Zugang hätten.

Graf Strachwitz kommentiert im Folgenden drei bereits angesprochene Punkte und fügt einen weiteren in die Diskussion ein.

1. Anerkennung: Der Begriff ist nicht aus Versehen aus den Vortragsfolien entfernt worden. Zwar sieht er dessen Bedeutung vollkommen ein, allerdings liegt in der Art, wie es praktiziert wird, die Gefahr, dass das bürgerschaftliche Engagement ins Marginale abgedrängt wird. Die freiwillig Tätigen sind in der ehrenamtlichen Kultur oftmals nur die Staffage politischer Inszenierung. Da eine Angliederung

- an und das Schauen auf die Obrigkeit in der Anerkennungskultur gegenwärtig sind, müsste die gesamte Anerkennungskultur neu organisiert werden, um die Eigenständigkeit des Ehrenamtes zu gewähren.
2. Gemeinsamkeit: Es wurde angesprochen, dass z.B. Caritas, Diakonie und Arbeiterwohlfahrt gemeinsam agieren sollten. Darunter würden jedoch die Profile der einzelnen Organisationen erheblich leiden und sie würden mehr als parastaatliche Organisationen wahrgenommen werden.
 3. „Aktiv werden, da wo es brennt...“: Das ist soweit richtig, heißt aber auch, dass das bürgerschaftliche Engagement überflüssig wird, sobald der Brand gelöscht ist. Auf Dauer würde daher die Stellung des bürgerschaftlichen Engagements schwer haltbar.
 4. Definitionshoheit: Vordergründig kann man sagen: „Wer zahlt, definiert.“ Doch da das auf Dauer so nicht funktionieren kann, muss man sich der Frage widmen, wie man es schafft, die Finanzierung von den Definitionsprozessen und der Definitionsarbeit abzukoppeln.

Frau Becker fügt zum Problem der Anerkennung noch steigernd hinzu, dass es durchaus auch Gruppen gibt, die sich durch eine zu stark ausgeprägte Anerkennungskultur vom Engagement abschrecken lassen. Gerade im Bereich derjenigen, die noch nicht engagiert sind, stellt die Vorstellung etwa von Gratulationsterminen bei Bürgermeistern erhebliche Hürden dar.

Frau Nölke-Schaufler sieht die Kunst darin, ein gewisses Portfolio in der Anerkennungskultur aufzubauen. Es muss darüber hinaus gehen, dem Bürgermeister die Hand zu schütteln und beispielsweise durch Preise, Weiterbildungskurse oder eine gelungene Außendarstellung der Akteure in Publikationen erfolgen. Die einzelnen Maßnahmen müssen aber jeweils an die Gruppen oder Personen angepasst sein, dann erreicht man auch Menschen, die bislang nicht engagiert waren.

Herr Petry merkt an, dass er bewusst von Anerkennungspolitik gesprochen hat und nicht von der Würdigung der Obrigkeit von guten Taten. Seine Meinung ist nicht, dass diejenigen, die in die Gesellschaft eingebunden sind und darin ihre Aufgabe erfüllen und dafür Akzeptanz und Anerkennung von der Obrigkeit erfahren, sich auch eingebunden und integriert fühlen. Er verwendet eher einen demokratischen Anerkennungsbegriff, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und im letzten Jahrhundert gewachsen ist. In diesem Kontext sieht er den Begriff der Anerkennung für den wichtigsten überhaupt an. Die größte Schwierigkeit, die in diesem Zusammenhang besteht, ist das Anerkennungsdefizit und die Anerkennungs-pathologie in diesem Bereich. Das Gefühl, nicht gehört und nicht gebraucht zu werden, das man Jugendlichen gibt, führt zu einer gewaltsamen Reaktion. Man muss den Aktiven deutlich machen, dass ihr Tun politisch gebraucht wird. Die Frage ist, wie man eine Politik herstellt, die dazu führt, dass man diesen Eindruck des Nicht-Gebraucht-Werdens nicht haben kann. Durch Teilen der Macht, durch die Akzeptanz und durch die Anerkennung der Tatsache, dass dieses und jenes Problem und Bedürfnis nicht gelöst oder befriedigt werden kann, wenn es nicht die freiwillige Tätigkeit gäbe.

Graf Strachwitz schlägt einen Kompromiss vor, indem er Anerkennung daran knüpft, dass der Engagierte ernst genommen wird und auch von vornherein weiß, dass er ernst genommen wird. Was Herr Petry aber beschrieben hat, würde Graf Strachwitz eher unter dem Begriff der Partizipation subsumieren. Anerkennung ist dafür als Begriff schon zu stark in Richtung der Belobigung besetzt. Doch richtig ist, dass der Engagierte den Sinn in seiner Tätigkeit erkennen können muss. Aber ein Dilemma der Demokratie bleibt dabei dennoch. Letztlich hat der aktivierte Bürger auch einen größeren Einfluss auf Dinge, die die Allgemeinheit betreffen, was in gewissem Grad auch ein Abschied von der Regelung „One-Man, One Woman, one vote“ bedeutet. Ob das gerechtfertigt ist oder nicht, soll hier nicht weiter thematisiert werden, ein Dilemma entsteht dadurch aber in jedem Fall.

Herr Beck führt die Diskussion zurück zu den Bedarfen und bemerkt, dass die klassischen analytischen Arten der Bedarfsermittlung immer im Top-Down Verfahren erfolgen. Das Problem der Unplanbarkeit der Zivilgesellschaft macht es schwer, andere Arten zu finden und kann höchstens mit einer starken lokalen Begrenzung und Nichtgeneralisierbarkeit von Ergebnissen, durch verschiedene Erhebungsmethoden angegangen werden. Allerdings ist allein die Erhebung von Bedarfen durch ein Top-Down Vorgehen bestimmt. Die Frage ist, wie man diese Brücken schlagen kann, ohne den Bürgern letztlich doch Entscheidungen aufzuoktrozieren.

Graf Strachwitz erläutert ein Beispiel aus Großbritannien, das Möglichkeiten der Bedarfsermittlung aufzeigt. Im Kontext der Schaffung von neuen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement hat die Regierung mehrfach das theoretische Hintergrundpapier und die Parlamentsvorlage im Internet publiziert und jedermann um dessen Kommentierung gebeten. Das Ergebnis war, dass sich eine unglaubliche Breite an Menschen an der Diskussion beteiligt hat. Mit der zunehmenden Beteiligung an der Diskussion und dem stattfindenden Prozess stieg auch dessen Niveau. Dies stellt ein gutes Beispiel für eine neue Diskurskultur dar, denn es kommen nicht immer nur dieselben Personen und damit auch immer nur die bereits bekannten Positionen zu Wort. Mit einer neuen Diskursstruktur könnten Probleme, die durch andere Kommunikationsarten entstehen, zu einem gewissen Grad austariert werden.

Herr Gualini resümiert die unterschiedlichen Positionen, die im Laufe der Diskussion deutlich wurden. Einerseits wurde gesagt, Bürgerengagement sei dort angebracht, „wo es brennt“. Dies schreibt dem Bürgerengagement eine Funktion überall dort zu, wo Brennpunkte entstanden sind. Dort spielt die Befähigung von Seiten der öffentlichen Hand eine sehr große Rolle. Das kontrastiert sehr stark mit einem anderen, bereits beschriebenen Bild, wonach Bürgerengagement durch eigene Motive entsteht und dadurch Initiativen gezogen werden. Hier stellt sich die Frage, was eigentlich die Faktoren sind, die diese Handlungen anstoßen. Eine weitere Position, die sich zwischen diesen beiden verorten lässt, spielt auf die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Akteuren an und handelt von der Pflege dieser, durch aktives Beteiligen, durch aktives Anhören, durch das sich Ernst nehmen, usw. Über diese Schnittstellen wird das gemeinsame Konstruieren und Erfassen von Bedarfen ermöglicht. Bei den anderen beiden Positionen stellen sich hierzu noch einige Fragen: Warum kristallisieren sich eigentlich einige der Bedarfe als solche heraus „wo es

brennt“ und andererseits, wie kann man auch den Ausbruch von Bedarfen konstruieren? Interessant ist auch ein Ansatz, bei dem man davon ausgeht, dass Bedarfe nicht Gegebenheiten, sondern Konstrukte sind. In diesem Kontext darf man nicht fragen was Bedarfe sind, sondern durch welchen Prozess diese entstehen?

Die Veranstaltung endet gegen 18.45 Uhr. Im Anschluss folgt ein informeller Empfang in den Räumen des Maecenata Instituts.

2. Sektion: 14. Mai

Die Veranstaltung startet gegen 9.00 Uhr mit einem Impulsreferat von Elke Becker.

Impulsvortrag von Elke Becker: „Bürgerbeteiligung in der integrierten Stadtentwicklung“

Die Ausgangssituation stellt sich durch eine mangelnde Demokratie und Legitimierung in der Planung dar, was aber zunehmend von den BürgerInnen eingefordert wird. Es zeigt sich, dass in dieser Rebellion der Gesellschaft der Bürger eine andere Mündigkeit erreicht hat. Daraus resultiert ein wandelndes Verständnis von Planung. Der Planer wird zunehmend zum Moderator, Begleiter und Anleiter von Stadtentwicklungsprozessen, wodurch auch ein Wandel in den Beteiligungsansätzen erfolgt ist.

Aus der Stadt- und Regionalplanung ist die Planung gewichen und an ihre Stelle die Stadtentwicklung getreten. Im Gegenzug zur Stadtplanung, die ausschließlich baulich-räumliche Komponenten aufweist, hat Stadtentwicklung die Steuerung der Gesamtentwicklung der Stadt zum Ziel. Hierzu bezieht sie die gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Entwicklung ein. Stadtentwicklung verlangt somit eine interdisziplinäre, integrierte und zukunftsgerichtete Herangehensweise. Der integrierte Ansatz erfordert eine horizontale und vertikale Vernetzung, um eine breite Beteiligung – in dem jeweiligen Raum, aber auch innerhalb der Verwaltung – zu ermöglichen und eine neue Beteiligungskultur, in Form einer Bürgerbeteiligung, zu etablieren. Wesentliche aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung sind z.B. der demographische Wandel, der Stadtumbau, die Globalisierung, die Verankerung von Nachhaltigkeit und eben die Umsetzung eines integrierten Ansatzes und damit die Schaffung einer neuen Beteiligungskultur.

Im Folgenden werden exemplarisch, ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Übertragbarkeit, ein paar Beteiligungsansätze mit ihren Vor- und Nachteilen präsentiert. Die Verfahren wurden in erster Linie in ostdeutschen Kommunen angewendet.

Die Zukunftswerkstatt ist gut geeignet, um einen grundlegenden Einblick zu gewinnen und ein Beispiel für eine gute Zusammenarbeit aufgrund der effektiven Kleingruppenstruktur, der Nachteil an einem solchen Modell ist aber, wie auch Herr Stromberg bereits von seinen Erfahrungen in Herten berichtete, dass nur wenige Personen erreicht werden, bzw. diejenigen, die sich ohnehin zu Wort melden.

Ein zweites Beispiel sind Streifzüge und Stadtteilspaziergänge. Hier wurden unterschiedliche Herangehensweisen verwendet. Einerseits sollten Jugendliche alleine losziehen, ihre Wege und Plätze aufsuchen und dabei auf Handlungsbedarfe aufmerksam machen. Andererseits fanden Stadtteilspaziergänge mit unterschiedlichen Altersgruppen statt, die besonders erfolgreich auf gute kommunikative Ebenen führten und andere Ergebnisse hervorbringen können, als es beispielsweise Bürgerforen tun. Als Medien können hier die direkte Kommunikation, Pläne oder auch Fotos dienen.

Einen hohen Grad an Kommunikation und Bewusstseinsbildung haben Modellbauprojekte mit sich gebracht, die sich mit der Thematik des Stadtumbaus beschäftigt haben. Bei einer anschließenden Ausstellung des zuvor gebauten Modells wurde die Diskussion über die Grenze der Projektgruppe hinaus in die Bevölkerung getragen. Die Gegenüberstellung von Arbeiten Jugendlicher und Erwachsener hat sich vielfach auch als geeigneter Diskussionsanstoß gezeigt.

Eine Herangehensweise durch Tombola, Preisrätsel und Wettbewerbe mag auf den ersten Blick eigenartig erscheinen, aber man erreicht dadurch einen anderen Personenkreis und damit auch andere Einblicke als durch die bisher beschriebenen Methoden.

Die Arbeit mit Zeitzeugen hat sich auch als sehr ergiebig herausgestellt. Diese Methode wurde auch in ostdeutschen Kommunen angewandt, wo das Selbstvertrauen der Ansässigen oftmals nicht das größte ist. Auch hier erreicht man Personen, die zuvor nicht engagiert waren. Diese Maßnahme kann aber auch nur ein Baustein unter mehreren sein, denn man benötigt ein vielfältiges Angebot, um die verschiedenen Personengruppen anzusprechen.

Als wichtige Einrichtungen werden Stadtteilbüros erkannt, da diese als Zugang oftmals besser angenommen werden als beispielsweise die Stadtverwaltung. Hier können verschiedenste Maßnahmen ergriffen werden, um BürgerInnen zum Aufsuchen dieser Einrichtung zu ermuntern. Es wurden z.B. die „Gelben Säcke“ dort ausgegeben oder Räume und Rahmenbedingungen für Veranstaltungsreihen angeboten. Um möglichst viele Personen für diese Einrichtungen zu gewinnen, ist eine Niedrigschwelligkeit des Zugangs wichtig.

Abschließend werden im Vortrag noch integrierte Handlungskonzepte bzw. Stadtentwicklungskonzepte (*INSEKs*) und *Feasibility Studies* vorgestellt. Der integrierte Ansatz in der Stadtentwicklung fordert eine konzeptionelle Grundlage – ein INSEK, in der wird aufbereitet, wie mit dem Raum und den AnwohnerInnen umgegangen wird und welche Projekte sich warum anbieten. Im Anglo-amerikanischen Raum bzw. in Australien erarbeiten Bürgerstiftungen z.T. so genannte Need-Studies bzw. Feasibility-Studies, die als Grundlage und Orientierung für ihre Arbeit dienen. Beide Konzepte oder Studien beschäftigen sich mit der Historie des Ortes und erfassen und beschreiben die Sozialstruktur (Alter, Haushaltsstrukturen, Einkommensstruktur, Arbeitslosigkeit, etc.) und die wirtschaftliche Lage vor Ort. Beide haben den Anspruch, eine möglichst umfassende Übersicht der örtlichen Akteursstruktur zu erhalten und entwickeln Maßnahmenkataloge und Schwerpunkte. INSEKs beinhalten nicht alleine Maßnahmen für die öffentliche Hand, sondern auch Ansätze für Investoren oder die Wirtschaft. Sie bieten damit einen Überblick über denkbare Entwicklungs- und Beiteiligungsmaßnahmen vor Ort.

Als Fazit aus den eigenen Erfahrungen lässt sich verschiedenes festhalten. Zunächst sollte man nicht von sich auf andere schließen. Man sollte nicht davon ausgehen, dass die BürgerInnen in Punkto Wissen oder Interesse mit den „Experten“ übereinstimmen.

Auch bestehen mitunter große gesellschaftliche Hemmschwellen, die zu bedenken sind.

Des Weiteren hat sich gezeigt, dass innovative Beteiligungsprogramme besonders dann funktionieren, wenn sie finanziell gefördert werden und anders herum auch sehr schnell abbrechen, sobald die Förderung wegfällt. Gerade der integrierte Ansatz, bei dem BürgerInnen und Verwaltung zusammenarbeiten, funktioniert oft, solange gefördert wird und darüber hinaus auch nur für eine gewisse Zeit.

Jeder Art der Beteiligung liegt bereits ein Top-Down Ansatz zugrunde, weil man festgelegt hat, dass man für ein bestimmtes Projekt eine Beteiligung wünscht. Dennoch kann z.B. durch informelle Gespräche, Bürgernähe und Beschäftigung mit den Menschen vor Ort ein gutes Bild der Notwendigkeiten und Bedürfnisse der Bürger entstehen, ohne sie offiziell durch ein Beteiligungsverfahren eingebunden zu haben.

Auch die Ehrlichkeit gegenüber Anderen, was die Chancen und Möglichkeiten der Arbeit betrifft, ist genau so wichtig, wie die Ehrlichkeit zu sich selbst, dass es unwahrscheinlich ist, immer alle Ziele erreichen zu können und man damit auch rechnen und umgehen muss.

*

Die Diskussionsrunde wird mit der Bitte an die Vertreter der Städte eröffnet, sich zum Vortrag mit Nachfragen oder ergänzenden Beiträgen zu äußern. Herr Stromberg berichtet, dass es in Herten ähnlich viele, kleine Projekte gibt und dort ein solches Portfolio vorhanden ist. Vieles, was im Vortrag dargestellt wurde und in Herten auch umgesetzt wird, scheint aus dem pädagogischen Feld zu kommen. Wenn man sich auf einen solchen Prozess der integrierten Planung einlässt, sei es mit Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen, dann muss man offen dafür sein, dass der Bedarf erstmal zu ermitteln ist. Dieser Punkt ist nicht zu unterschätzen, denn meist – und hier betont Herr Stromberg seinen Status als Vertreter der Kommune – sind bereits Vorstellungen von Bedarfen vorhanden. Davon muss man sich dann allerdings frei machen und den Prozess als Zyklus verstehen, der nämlich von der Feststellung der Bedarfe, über die Planung und Durchführung bis hin zur Reflektion reicht. Dieser findet im Idealfall mit der Gruppe, die an dem Prozess beteiligt war, statt und versucht herauszufinden, ob die gesetzten Ziele erreicht wurden. Auch die Deutungshoheit darüber sollte in der Gruppe bleiben. Zur Frage der Nachhaltigkeit plädiert Herr Stromberg dafür, eine projektorientierte Sichtweise an den Tag zu legen und bewusst von einer begrenzten Dauer auszugehen.

Frau Nölke-Schaufler wirft drei Fragestellungen auf: 1. Gibt es stadtteilbezogen übertragbare Erfahrungen in Bezug auf methodische Ansätze? 2. Welche Lerneffekte innerhalb der Verwaltung gibt es? 3. Wie können durch Stadtteilbüros und Quartiersmanagement selbsttragende Strukturen erzeugt werden?

Graf Strachwitz resümiert die bisherigen Wortmeldungen und erkennt dabei drei unterschiedliche Problembereiche in der Diskussion:

1. Wo bleibt in der vorgestellten Systematik der Blick für das Gesamte? Wo bleibt die Thematik der Inklusion? Wo bleiben die großen gesellschaftlichen Herausforderungen?
2. Wo bleibt die Nachhaltigkeit und Übertragbarkeit? Reden wir über eine Subsumtion von positiven und negativen Beispielen, oder kann man im Ganzen einen Prozess erkennen?
3. Was ist, wenn wir einerseits über bürgerschaftliches Engagement sprechen und andererseits über die Genese von Ideen, die Rolle von Intermediären? Braucht es so etwas wie eine Bürgerstiftung, die versucht, diese beiden Dinge zusammen zu bringen, damit sich Top-Down und Bottom-Up an dieser Stelle verbinden?

Herr Weigel, Referatsleiter Grundsatzangelegenheiten der Stadtentwicklung, erkennt in der Diskussion der letzten Minuten bereits eine Reihe von Grundsatzfragen der Stadtentwicklung wieder. Stadtentwicklung ist ein multidimensionales System, weswegen es auch notwendig ist, einen interdisziplinären und multidimensionalen Ansatz zu wählen. Werden BürgerInnen in einen Prozess eingebunden und erhofft man sich langfristiges Engagement, dann muss bei der Umsetzung von Plänen die Meinung der Beteiligten beachtet werden und im Ergebnis auch erkennbar sein. Dazu ist notwendig, was schon lange proklamiert wird, nämlich ein Stück der Entscheidungshoheit der Kommunen abzugeben.

Herr Petry merkt an, dass gerade die komplexen Probleme oftmals gar nicht angegangen werden und stattdessen eine Reihe von „Folklore – Projekten“ durchgeführt werden, die die wirklich großen Probleme nicht angehen. Um dies zu ändern, sollte man nach neuen Wegen der Beteiligung suchen und z.B. Akteure zur Zusammenarbeit bewegen, die bislang nicht gefragt wurden. Gerade Schulen und Kindergärten können als Quelle für Integrationsunterstützung von Engagement erschlossen werden.

Frau Voll bemerkt, dass ursprünglich das Elternhaus für die Vermittlung der Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement zuständig war. Da sich dieses aber verändert habe und bestimmte Werte in einigen Kreisen nicht mehr vermittelt werden, entsteht vor allem in Haupt- und Förderschulen verstärkter Handlungsbedarf. In Gymnasien hingegen gibt es oft sehr viel Engagement und auch i. d. R. bereits viele Angebote. Es bedarf allerdings jeweils einer anderen Herangehensweise, angepasst an die Zielgruppe.

Herr Stromberg macht auf die, sich verändert habende Bindungsbereitschaft von Freiwilligen aufmerksam. Damit müssen sich zwangsläufig auch die Instrumente des Engagements ändern um mit den neuen Nachfragestrukturen zu funktionieren.

Frau Nölke-Schaufler sieht den Spannungsbogen darin, von einer Bürgerbeteiligung hin zu einer Teilhabe zu kommen. Im Laufe der Diskussion wurde deutlich, dass man eigentlich Schritte unternehmen muss, Teilhabe zu lernen und zu fördern. Das ist ein Punkt, der gerade in den Stadtentwicklungsplanungen zu wenig von Anfang an berücksichtigt wird.

Graf Strachwitz sieht in der Verwaltung oftmals ein Missverständnis vorherrschen. Wenn es dort um bürgerschaftliches Engagement geht, wird meist an die Möglichkeit einer mittelbaren Entlastung der öffentlichen Kassen durch Freiwilligenarbeit gedacht. Hierbei handelt es sich um ein grobes Missverständnis, denn es fehlen zwei wichtige Funktionen von bürgerschaftlichem Engagement, Kreativität und Empathie. Empathie ist deshalb wichtig, weil nur dadurch aus einer Reihe von Einzelprojekten ein gesellschaftlicher Wandel erzeugt werden kann. Teilhabe und Inklusion kann eben nicht verordnet werden sondern muss von den Beteiligten selbst ausgehen. Aus guten Einzelprojekten muss ein sozialer Prozess entstehen.

Bevor als dritter Hauptpunkt das Projektdesign behandelt wird, fasst Graf Strachwitz die Diskussion nochmals zusammen. Deutlich ist geworden, dass es einen Abstand gibt, zwischen einem modernen Stadtentwicklungsansatz und einem Ansatz des Bürgerengagements. In diesem Bereich erscheint eine Brückenfunktion hilfreich. Wenn wir davon sprechen, in Stadtentwicklungsprozesse bürgerschaftliches Engagement nachhaltig einzubauen und dies zu verstetigen, dann bedürfen wir der Intermediäre. Diese können dort bestimmte Aufgaben übernehmen, wie die der Prozesssteuerung, des Empowerments, der Fort- und Weiterbildung, der Optimierung oder der Bedarfsorientierung. Insbesondere dann, wenn Stadtentwicklungsziele verknüpft werden sollen mit weiteren gesellschaftspolitischen Fragestellungen; gesellschaftlichen Wandel im Hinblick auf Integration/Inklusion, auf Teilhabe/Identifikation, auf Partizipation/Schule der Demokratie. Um Prozesse, die vor Ort wichtig sind, aufzuladen, damit sie für die Gesellschaft insgesamt fruchtbar werden, benötigen wir diese Intermediäre. Das gilt auch im Hinblick auf die in der Diskussion deutlich gewordene Tatsache des planerischen Top-Down- Ansatzes, im Vergleich zu dem notwendigen Bottom-Up- Konzept der Zivilgesellschaft.

3. Sektion: Impulsvortrag von Sebastian Beck: „Projektdesign“

Dieser Input soll ein Anreiz zur Diskussion sein und kein fertiges Konzept präsentieren. Der Fokus auf das Bürgerengagement und die Stadtentwicklung kann aus zwei unterschiedlichen Richtungen erfolgen, unter dem Aspekt der Teilhabe und unter dem der Gestaltung. Teilhabe spricht das Feld der Stadtplanung an und meint Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklungsplanung oder bei der Regulierungs- und Bauplanung. Insgesamt also Planungsmaßnahmen, bei denen neben den beteiligten Verwaltungen und der Privatwirtschaft auch noch der Bürger einbezogen werden soll. Dabei stellt sich immer die Frage nach dem Zeitpunkt der Beteiligung. Handelt es sich nur um ein kurzes Abnicken zu einem fortgeschrittenen Zeitpunkt innerhalb von Prozessen, oder werden BürgerInnen von vornherein eingebunden und wird eine gewisse Macht an diese abgegeben? Das andere Feld wird hier „Gestalten“ genannt und meint eine gewisse Bottom-Up – Strategie. Schlagwörter wie Identifikation, Integration oder lokale Agenda sollen den Kreis der Zivilgesellschaftsakteure auf den Fokus der Stadtentwicklung eingrenzen helfen.

Bei der Frage nach den Bedarfen ist eine Klärung der Perspektive vorweg notwendig. Herr Beck bietet die Unterscheidung in „situative“ und „latente“ Bedarfe an. Unter situativen Bedarfen versteht er „Themen“, wie sie z.B. unter dem Schlagwort, „Orte an denen es brennt“, bereits behandelt wurden. Ebenso situativ ist die Analyse von akuten lokalen Problemen, durch Daten, die man über diesen Bereich erheben kann. Hier bieten sich z.B. Schlüsselpersonen oder Begehungen der Lokalität als Datenquellen an.

Die latenten Bedarfe hingegen beschreibt Beck als „Potentiale“. Es geht um die Einstellungen gegenüber dem Quartier, um die Präferenzen des Engagements und es geht darum, unterschiedliche Distanzen zum bürgerschaftlichen Engagement zu erkennen und das weite Spektrum an Zielgruppen zu berücksichtigen.

Da auf Seiten der BürgerInnen im Bereich des Bürgerengagements noch viel Unsicherheit und Unwissen herrscht, ist die Schaffung von Transparenz, oberstes Gebot.

Was sind die Anforderungen an ein Projektdesign? Ein erster Punkt ist die Definition und ggf. die Eingrenzung von Untersuchungseinheiten in den Modellstädten. Ein weiterer Punkt ist die Eingrenzung des Fokus auf das Thema Bürgerengagement und Stadtentwicklung. An diesem Punkt startet die Empirie mit einer Erfassung der vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen. Um den Status-quo festzulegen, müssen die existierenden Akteure, wie Vereine, Initiativen oder Projekte erfasst werden. Neben diesen formellen Strukturen müssen auch die informellen Strukturen, wie z.B. Schlüsselpersonen, beachtet werden.

Nun geht es um die Frage nach der Erfassung der Bedarfe. Hier wird wieder zwischen latenten und situativen Bedarfen unterschieden. Es ist jeweils wichtig, dass gesamte Spektrum zu erfassen und die verschiedenen Zielgruppen einzubeziehen.

Im Anschluss stellt Herr Beck das Modell der Sinus Milieus vor, das eine Einteilung der Zielgruppen und eine Segmentation zeigt, indem es zwischen sozialer Lage und gesellschaftlicher Grundorientierung unterscheidet. Nützlich ist dieses Modell, um einen Überblick des Spektrums der unterschiedlichen Milieus und damit auch unterschiedlicher Bedarfe zu erhalten. Was das Thema des Engagements betrifft, so haben Forschungen bereits ergeben, dass alle Milieus dafür zu begeistern sind, allerdings unterschiedliche Zugänge erforderlich sind.

Herr Beck fasst schließlich seine Hauptpunkte nochmals kurz zusammen: Über welche Bedarfe wird eigentlich gesprochen, was interessiert analytisch, werden die Bedarfe von oben definiert oder interessieren auch die latenten Bedarfe? Letztlich stellt sich noch die Frage, was nach der Analyse, auf der Ebene der Umsetzung, passieren soll.

*

Die Diskussion wird von Graf Strachwitz mit dem Hinweis begonnen, dass latente Bedarfe eine tatsächlich zu beachtende Größe darstellen.

In der restlichen Zeit sollen die Erkenntnisse der vorangegangenen Diskussionen so kanalisiert werden, dass am Ende ein Forschungsdesign dabei herauskommt.

Herr Gramman weist auf die nicht zu vernachlässigende Stellung der Medien in diesem Bereich hin. Diese können bei der Ermittlung von Bedarfen und bei der Einbeziehung von bestimmten Personenkreisen, z.B. Jugendlichen, hilfreich sein.

Frau Hinterhuber spricht die noch unklare Fragestellung und Forschungsinteressen an. Auf der einen Seite könnte es darum gehen, wie zivilgesellschaftliche Organisationen Bedarfe ermitteln. Verwenden diese Beteiligungsverfahren, wie sie in dem Bereich der Stadtplanung genannt worden sind? Gleichzeitig wurde als Ansprechpartner aber primär die Verwaltung genannt.

Die Abgrenzungen zu Erkenntnissen aus dem Bereich „Soziale Stadt“ sind für Frau Nölke-Schaufler von besonderem Interesse.

Herr Petry bringt die komplexen Probleme wieder ins Gespräch ein und fragt, worauf noch nicht ausreichend bei deren Lösung geachtet wurde. Welche bislang nicht beteiligten Gruppen könnten eine Hilfe sein und welche Kooperations- und Koordinationsformen müssten dafür gefunden werden?

Graf Strachwitz sieht zwei Möglichkeiten für eine Ausrichtung des Fokus und stellt diese zur Diskussion. Zum einen könnte man sich auf die beschriebene Brückenfunktion beziehen. Was gibt es in den Städten für Intermediäre, was leisten diese, wo liegt ein Optimierungsbedarf, wie ermitteln diese ihre situativen und ihre latenten Bedarfe, welchen gesamtgesellschaftlichen Beitrag intendieren diese und welchen leisten sie tatsächlich? Der zweite Weg wäre ein Zugang von einer gegenüberliegenden Seite her, über die Situation der Stadtentwicklung zu erfragen, was in den Städten alles passiert, wer alles beteiligt ist und welche Akteure es gibt.

Herr Oesterreich stellt die Frage, was empirisch im Bereich des Möglichen liegt. Eine Bestandsaufnahme muss in jedem Fall erfolgen und ist auch relativ einfach möglich. Was ungleich schwerer, aber auch interessanter wird, ist herauszufinden welche Potentiale diese Akteure besitzen und wo es darüber hinaus weitere Potentiale gibt, wo z.B. Bürgerinitiativen entstehen könnten. Allerdings ist es schwer, zu erfassen, was noch nicht ist.

Herr Rohland sieht den springenden Punkt bei den Bedarfen der Bürger und wie man an diese Bedarfe heran kommt. Unter dem Stichpunkt „Stadtentwicklung vom Bürger her denken“ stellt sich ihm die Frage, wie man herausfindet, was der Bürger denkt. Wir geben vor, das zu wissen, aber ob das richtig ist, bleibt erstmal unklar. Daher wird versucht, einen Zugang über qualitative Methoden der Sozialforschung zu erlangen. Das ist wichtig um auch Bedarfe zu erkennen, die der Bürger selbst eventuell gar nicht artikulieren kann. Man denke hierbei auch an das vorgestellte Milieu-Modell. Der erste Schritt ist zunächst einmal, bezogen auf das Handlungsfeld Stadtentwicklung, Bedarfe zu eruieren. Das ist ein neuer Ansatz, denn hätte man sich bei Stadtumbauprozessen an Bedarfen orientiert, wären diese ganz anders abgelaufen. Das Innovative an diesem Ansatz ist, dass Zivilgesellschaft nicht als Marginalie neben Industrie und Wirtschaft aufgefasst wird.

Frau Schulze spricht sich für einen Methodenmix aus, der zunächst in qualitativer Forschung ein Instrumentarium entwickelt, dass anschließend quantitativ eingesetzt wird.

Graf Strachwitz stellt die Frage, wie man zu einem hinreichend gefestigten, validen Ergebnis kommen kann. Er bekundet Zweifel daran, die Bedarfe, situative wie auch latente, zur Ausgangsposition zu machen, weil die Gefahr besteht, dann relativ weitläufig arbeiten zu müssen und daher auch zu verflachen. Die Frage ist, ob man nicht besser einen engeren Blick ansetzt und als Ausgangspunkt die Rolle ganz bestimmter Akteure nehmen sollte, die in dieser Dichotomie zwischen Stadtentwicklung und bürgerschaftlichem Engagement stehen. Die Frage wäre dann, wie die Bedarfsermittlung bei diesen Akteuren stattfindet, ob diese Methode hinreichend ist und mit welchen anderen Akteuren sie dabei umgehen und was andere Akteure dabei einbringen. Man würde also, als einen stabilen Anteil, immer eine bestimmte Akteursgruppe heranziehen, um dadurch die Möglichkeit zu bekommen, mehr in die Tiefe zu bohren. Auf die Anmerkung von Herrn Oesterreich, dass bei diesem Vorgehen allerdings die Akteure, die sich nicht artikulieren, keine Beachtung finden würden, erwidert Graf Strachwitz, dass dies durchaus deutlich werden würde, weil man bemerkt, wenn die Kommunikation von Akteuren zu eng gehalten ist und andere dadurch ausgeblendet werden.

Herr Petry macht den Vorschlag, von einem bestimmten Bedarfssektor auszugehen. Man könnte z.B. alle Akteure einbeziehen, die etwas mit dem Aufwachsen von Kindern zu tun haben. Das wird von Herrn Rohland insofern als kompliziert bewertet, da es deutlich unterschiedliche Interessen zwischen Sozialbereich und Stadtentwicklung gibt.

Nach dem Menschen in erster Linie die Experten ihrer Alltagsorganisation sind, plädiert Frau Schulze dafür, dass man die BürgerInnen nicht danach fragen sollte, was in der Stadtplanung geändert werden muss, sondern wie sie ihren Alltag organisieren und wo dabei Problemlagen auftreten.

Graf Strachwitz bezweifelt die ausreichende Tiefe eines Ansatzes, der latente Bedarfe als Ausgangspunkt definiert. Es würde wahrscheinlich große Schwierigkeiten ergeben, ein Instrumentarium zu entwickeln, mittels dessen man die Erkenntnisse in die Stadtentwicklung einbringen könnte. Er plädiert vielmehr dafür, Strukturen als Ausgangspunkt zu wählen. Welche Strukturen sind vorhanden und sind diese ausreichend, um mit dem Thema der Bedarfe umzugehen? Die Strukturen wären in diesem Konzept der Forschungsgegenstand und die Bedarfe die Forschungsfrage.

Die Berücksichtigung und Herausstellung der Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich die Entwicklungen in den drei Städten unterschiedlich vollzogen haben, werden von Frau Voll als wichtig angesehen.

Eine grundsätzliche Frage von Herrn Beck ist, ob man Strukturen beraten oder Prozesse umgestalten möchte. Ersteres würde darauf hinauslaufen, Akteure, die vor Ort sind und Potentiale haben, darin zu unterstützen, Bürgerengagement zu generieren. Das hieße, noch vorhandene Potentiale zu nutzen und z.B. neue Zielgruppen anzusprechen. Möchte man jedoch Prozesse umgestalten, benötigt man konkrete Angebote an die jeweiligen Bereiche, hat aber auch die Möglichkeit direkt auf die Inklusion möglichst vieler Zielgruppen Einfluss zu nehmen.

Graf Strachwitz findet die Kombination aus beiden Ansätzen für eine Forschungsfrage interessant. Eine mögliche Fragestellung wäre: Sind vorhandene zivilgesellschaftliche Strukturen in der Lage, die Anbindungen an den Stadtentwicklungsprozess zu organisieren? Eine Arbeitshypothese dabei wäre: Ja, bestimmte Strukturen sind zwar vorhanden, aber sie sind noch zu schwach, sie sind noch nicht hinreichend auf alle Bedarfe ausgerichtet, usw. Dies müsste man zum einen durch eine Bestandsanalyse auf der Begründer- und auf der Bedarfsseite verifizieren. Zum anderen müsste man mit Hilfe von Best-Practice-Modellen feststellen, was man tun könnte, um diese Prozesse zu optimieren.

Dass ein Zugang über die Strukturen etwas Greifbares darstellen würde, findet Frau Becker, jedoch bleibt die Frage, wie man an die Personen herankommt, die nicht in diesen Strukturen eingebettet sind. Sind möglicherweise die Intermediäre dazu eher in der Lage als die öffentliche Hand?

Frau Stuber-Schneider bemerkt, dass es bei einer bedarfsorientierten Herangehensweise immer dazu kommen wird, dass Bedarfe von unterschiedlichen Personen widersprüchlich artikuliert werden. Dass es sich bei der Stadtplanung in einer Bürgergesellschaft um einen möglichst demokratischen Prozess handeln sollte, meint Herr Rohland. Innerhalb dessen benötigt man daher Moderatoren dieses Prozesses, die dafür sorgen, dass nicht der Eindruck entsteht, die einzelnen Meinungen würden vom Planer „weggewogen“, meint Herr Stromberg. Er plädiert für einen pädagogischen Ansatz der Begleitung von Stadtentwicklungsplanungen und der

darin Beteiligten. Graf Strachwitz sieht aus der Sicht der Zivilgesellschaft diesbezüglich noch einen weiteren Aspekt. Wo die Kompetenz der Zivilgesellschaft endet und wo demokratietheoretisch die Hoheitsmacht des Parlaments und der Verwaltung beginnt, ist zu beachten. Es bedarf eher einer Neudefinition und Verschiebung dieser Grenze, da seiner Ansicht nach zu vieles staatlich geregelt wird.

Nachfolgend an die Diskussion werden von Graf Strachwitz die Folgeaufgaben erläutert. Es steht nun an, zu überprüfen, ob Raum für ein Forschungsprojekt besteht. Wichtige Stichworte der Diskussion, an denen man sich bei der Erarbeitung entlang arbeiten kann, waren: Inklusion und Teilhabe, Prozesse, situative und latente Bedarfe, Nachhaltigkeit und Rahmenbedingungen.

Auf die Frage hin, wie die Bereitschaft der einzelnen Städte für die weitere Beteiligung aussieht, kommen vorwiegend positive Rückmeldungen aus Herten und Jena. Die Vertreterinnen aus Augsburg finden den Ansatz durchaus positiv, erklären aber, dass sie nur teilnehmen werden, wenn sie später auch einen Nutzen aus der Beteiligung ziehen können.

Mit einem Dankeschön an die Beteiligten sowie an die Gastgeber der Amadeu-Antonio-Stiftung und an die Karl-Konrad-und Ria-von-Groeben-Stiftung, die den Workshop finanziert haben, endet die Veranstaltung.

*Berlin, 29. Mai 2008
Christian Schreier*

Teilnehmer:

Impulsvorträge von:

- Rupert Graf Strachwitz, Maecenata Institut: Bürgerengagement als Integrationsaufgabe
- Elke Becker, TU Berlin: Ansätze zur Bedarfsermittlung, Erfahrungen aus der integrierten Stadtentwicklung
- Sebastian Beck, vhw: Design des Forschungsprojekts

Weitere Teilnehmer:

- Ulrike Bahr, Stadträtin, GEW-Vorsitzende Augsburg
- Gerd Grammann, Vorsitzender Hertener Bürgerstiftung
- Prof. Dr. Enrico Gualini, TU Berlin
- Eva Maria Hinterhuber, Maecenata Institut
- Dr. -Ing. Frank Jost, Wissenschaftlicher Referent am vhw
- Sabine Nölke-Schaufler, Sozialreferat Stadt Augsburg
- Dr. Dettlef Oesterreich, Berliner Institut für Sozialforschung
- Christian Petry, Geschäftsführer der Freudenberg Stiftung
- Peter Rohland, Hauptgeschäftsführer des vhw
- Christian Schreier, Maecenata Institut
- Dr. Eva Schulze, Geschäftsführende Gesellschafterin am Berliner Institut für Sozialforschung
- Ulrich Stromberg, Leiter des Fachbereich Bildung, Kultur und Sport der Stadt Herten
- Regina Stuber-Schneider, Stadträtin Augsburg
- Doris Voll, Bürgerstiftung Zwischenraum in Jena
- Dr. Oliver Weigel, Referatsleiter Grundsatzangelegenheiten der Stadtentwicklung

Reihe Opuscula (Auszug)

Kostenfreier Download unter <http://www.opuscula.maecenata.eu>

2004	Nr. 15	<p>Die gemeinnützige Aktiengesellschaft (gAG) Renaissance einer Organisationsform für bürgerschaftliches Engagement? <i>Rainer Sprengel</i></p>
2005	Nr. 16	<p>Spendensendungen und Spendenabwicklungspraxis der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland <i>Christoph Müllerleile</i></p>
	Nr. 17	<p>Die größten deutschen Stiftungen. Ergebnisse einer Stiftungsrecherche <i>Thomas Ebermann, Rainer Sprengel</i></p>
	Nr.18	<p>Strategische Philanthropie Die Umsetzung des Stiftungszwecks durch eine Großstiftung am Beispiel der Fondazione Cariplo <i>Philipp Hoelscher</i></p>
	Nr. 19	<p>Organisationen der Zivilgesellschaft und ihre Besteuerung Vorschlag für eine grundlegende Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts</p>
2006	Nr.20	<p>Die Stiftung als Schulträgerin Eine Untersuchung zur Möglichkeit der Trägerschaft kirchlicher Schulen durch Stiftungen am Beispiel Nordrhein-Westfalen <i>Stefan Sieprath</i></p>
	Nr.21	<p>Der lange Weg der sozialen Innovation – Wie Stiftungen zum sozialen Wandel im Feld der Bildungs- und Sozialpolitik beitragen können - Eine Fallstudie zur Innovationskraft der Freudenberg Stiftung The long march of social innovation – How charitable foundations can contribute towards social change in the fields of educational and social policy - A case study on the innovative vigor of the Freudenberg Foundation <i>Pia Gerber</i></p>
2007	Nr.22	<p>Reformansätze im Bereich der gemeinnützigen Stiftungen in Deutschland Eine steuerrechtliche Analyse <i>Vroni Kortz</i></p>
2008	Nr.23	<p>Die Stiftungsgabe - Beobachtung eines Reziprozitätskreislaufs <i>Hans Christoph Kahler</i></p>
	Nr.24	<p>Deutsche Stiftungen als ‚Venture Philanthropists‘? <i>Sira Sacconi</i></p>
	Nr.25	<p>Veranstaltungsreihe „Bürgerkommune und Zivilgesellschaft“ Protokolle</p>
	Nr.26	<p>Stiftungen als Instrument staatlicher Kulturförderung am Beispiel Niedersachsen Analyse der Positionierung der niedersächsischen Landeskulturstiftungen als Instrument staatlicher Kulturförderung im Kontext der Kulturpolitik der 15. niedersächsischen Wahlperiode <i>Christopher Vorwerk</i></p>
	Nr.27	<p>Zivilgesellschaftspolitik <i>Rolf Berndt, Peer Steinbrück, Rupert Graf Strachwitz, Benjamin Gidron, Robert Nef</i></p>
	Nr.28	<p>Zivilgesellschaft, Dialog, Integration <i>Eva Maria Hinterhuber</i></p>
	Nr.29	<p>Stiftungen und ihr Beitrag zu gesellschaftlichen Veränderungsprozessen Drei Beispiele <i>Jennifer Andres, Vanessa Krieg und Ronny Studzinski</i></p>
	Nr.30	<p>Die Kultur des Stiftens – reaktualisiert und angewendet auf aktuelle Stiftungsdiskurse. <i>Melanie Waschetzko</i></p>